

Tarifpolitik | 14.08.2014 | Lesezeit 2 Min.

Zu viel des Guten

Um einem vermeintlichen Preisverfall vorzubeugen, sollen die Löhne in Deutschland stärker steigen, fordert die Bundesbank. Ein gefährliches Kalkül.

Die Konjunkturaussichten für den Euroraum verbessern sich derzeit Tag für Tag. In den europäischen Krisenländern greifen überdies die Strukturreformen und erhöhen so die Produktivität. Gleichzeitig sinken die Arbeitskosten.

Für Deutschland erwarten Konjunkturforscher 2014 noch ein Wachstum von 2 Prozent. Und weil die Bundesrepublik zu den wichtigsten Handelspartnern der Krisenländer gehört, wird das Land damit auch zu deren Konjunkturlokomotive. Von daher gibt es eigentlich keinen Grund, schwarzzusehen.

Trotzdem herrscht Angst vor Deflation, also vor einem Preisverfall, der am Ende das Wachstum abwürgt, weil keiner Geld ausgibt, sondern alle darauf warten, dass alles noch billiger wird. Die Europäische Zentralbank (EZB) reagiert auf diese vermeintlich reale Gefahr mit drastischen Maßnahmen – durch eine Art negativer Zinsen beispielsweise soll das maue Kreditgeschäft angekurbelt werden.

Nun fordert die Deutsche Bundesbank zudem eine expansivere Lohnpolitik, damit die EZB ihr Inflationsziel von 2 Prozent realisieren kann (vgl. iwd 32/2014). Der Chef der Bundesbank, Jens Weidmann, vertritt die Auffassung, mit Lohnerhöhungen von mindestens 3 Prozent die Lohn-Preis-Spirale in Gang setzen zu können.

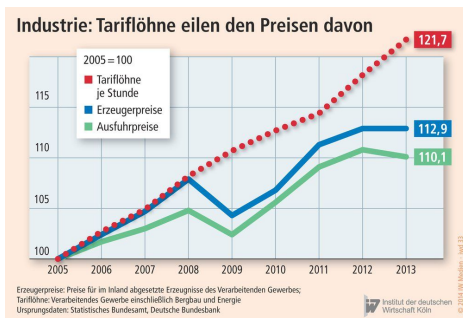
Ohne Zweifel ist es sinnvoll, wenn Lohn- und Geldpolitik Hand in Hand gehen, damit sie sich nicht gegenseitig behindern. Aber es ist zweifelhaft, ob eine expansiv angelegte Geldpolitik – also niedrigere Zinsen – durch eine ebenfalls expansive

Lohnpolitik – also höhere Löhne – in ihrer Wirkung tatsächlich verstärkt wird.

Denn das Konzept der Bundesbank ginge nur dann auf, wenn die Kunden bei den Preiserhöhungen mitziehen und dadurch die Preise auf breiter Front steigen würden.

Dem ist aber nicht so. Ein Blick auf verschiedene Preisindikatoren zeigt, dass die Unternehmen den steigenden Lohnkostendruck eben nicht beliebig abwälzen können. So sanken die Ausführpreise in Deutschlands wichtigster Exportbranche, der Metall- und Elektro-Industrie, im vergangenen Jahr um 0,5 Prozent. Diese Entwicklung setzte sich im ersten Quartal 2014 fort.

Vergleicht man die Tariflohndynamik mit der Preisentwicklung, wird ebenfalls deutlich, dass es mit dem Überwälzen der Lohnkosten nicht immer so einfach ist (Grafik):



Während die Tariflöhne im Produzierenden Gewerbe seit dem Jahr 2005 um fast 22 Prozent zulegen, stiegen die Ausfuhrpreise nur um 10 Prozent und die Erzeugerpreise lediglich um 13 Prozent.

Zwar stehen den Tariflohnerhöhungen auch Produktivitätsgewinne gegenüber. Diese summierten sich zwischen 2005 und 2013 auf knapp 14 Prozent. Allerdings wachsen seit 2011 Produktivität und Preise kaum noch, während die Tariflöhne kräftig

zulegen.

Das Produktivitätswachstum lag in den vergangenen Jahren zwischen 0,3 und 0,5 Prozent und wird voraussichtlich in diesem Jahr nicht wesentlich höher ausfallen.

Nimmt die Lohnexpansion unter diesen Bedingungen weiter zu, steigt in den Unternehmen auch der Druck, den Kostenanstieg durch Rationalisierungen aufzufangen - und das kostet Jobs.

Kernaussagen in Kürze:

- Um einem vermeintlichen Preisverfall vorzubeugen, sollen die Löhne in Deutschland stärker steigen, fordert die Bundesbank.
- 'Es herrscht Angst vor Deflation, also vor einem Preisverfall, der am Ende das Wachstum abwürgt, weil keiner Geld ausgibt, sondern alle darauf warten, dass alles noch billiger wird.
- Während die Tariflöhne im Produzierenden Gewerbe seit dem Jahr 2005 um fast 22 Prozent zulegen, stiegen die Ausführpreise nur um 10 Prozent und die Erzeugerpreise lediglich um 13 Prozent.